



Stadt Braunschweig
Referat Steuerungsdienst

Eing. 12. NOV. 2013

Gesch.-Z. *0100.10*

Anlagen.....

Dez. II - VII
III



Änderungsantrag

Öffentlich

Datum

12.11.2013

Nummer

3034/13

Absender

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Rathaus
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Rathaus
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

12.11.2013

Betreff

„Weitergabe der Bundesmittel zur Entlastung der Kommunen von den Kosten der Grundsicherung durch das Land Niedersachsen“ (CDU-Antrag Nr. 2945/13)

Der Rat der Stadt Braunschweig wird gebeten, zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Braunschweig begrüßt die vollständige Übernahme der Grundsicherungskosten durch den Bund zur Entlastung der kommunalen Haushalte. Die dritte Stufe der Entlastung in 2014 wird jedoch dazu führen, dass auch der bisherige 20 %-Anteil des Landes vom Bund erstattet wird und das Land somit eine Summe von 107 Mio. € im Jahr einsparen kann. Vor diesem Hintergrund fordert der Rat der Stadt Braunschweig das Land Niedersachsen auf, diese Einsparung dafür zu nutzen, die besonders von sozialen Kosten betroffenen Städte und Landkreise - darunter die Stadt Braunschweig - weitergehend zu entlasten.“

Begründung erfolgt mündlich.

Gez. Holger Herlitschke
Fraktionsvorsitzender

f. d. R. B. Schube